

Zur Konstruktion europäischer Identität im vorparlamentarischen Raum

Schatilow, Lars

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schatilow, L. (2008). Zur Konstruktion europäischer Identität im vorparlamentarischen Raum. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 4041-4051). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-155176>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Zur Konstruktion europäischer Identität im vorparlamentarischen Raum

Lars Schatilow

Einleitung

Über europäische Identität wird zurzeit viel geredet und publiziert. Dabei gewinnt man erstens den Eindruck, dass nicht immer klar ist, was damit eigentlich gemeint ist. Zweitens scheint sich das Interesse auf den kulturellen Aspekt zu konzentrieren, was dem Sachverhalt nicht gerecht werden kann, da anderweitige Konstruktionsprozesse unberücksichtigt bleiben. So bleibt zum Beispiel außer Acht, dass die Europäische Union den Parteien auf europäischer Ebene den Auftrag erteilt, zur europäischen Identitätsbildung beizutragen.

Es soll im Folgenden zunächst geklärt werden, was man unter kollektiver Identität¹ im Allgemeinen versteht, um den Unterschied zwischen nationaler und europäischer Identität herauszuarbeiten.² Danach soll der besondere Beitrag zur Identitätsbildung erörtert werden, den im vorparlamentarischen Raum unter anderem die Parteien leisten.

Was heißt kollektive Identität?

Was Lutz Niethammer zu Beginn des neuen Jahrhunderts konstatierte, gilt im Grunde noch immer: nämlich dass es keine »auch nur halbwegs tragfähige Theorie kollektiver Identität« gibt (Niethammer 2000: 55). Wenn es »schon äußerst schwer fällt, auch nur logisch irgend etwas Habhaftes am Identitätsjargon festzuhalten«, dann stellt sich um so mehr die Frage, wie es »sozio- oder psychologisch« gelingen soll (Niethammer 2000: 55). In dieser Situation empfiehlt es sich, Rückfrage bei den Klassikern zu nehmen:

1 Es geht hier ausschließlich um »kollektive«, nicht »personale« Identität. Im Unterschied zur Jungfrau, die ihm den Namen lieh, ist Europa, wie auch immer bestimmt, ein Kollektiv.

2 Hier folge ich Forschungsergebnissen, die im Rahmen des DFG-Projekts »Europa als Mnemotop«, an dem ich beteiligt bin, erzielt wurden; vgl. bereits Peter Gostmann und Gerhard Wagner (2007).

»Wir nennen etwas identisch der Zahl oder der Art oder der Gattung nach: der Zahl nach identisch das, was mehr als einen Namen hat, aber nur ein Ding ist, wie Gewand und Kleid; der Art nach, was mehr als eines ist, aber keinen Unterschied in der Art aufweist, wie zum Beispiel Mensch mit Mensch und Pferd mit Pferd identisch ist; denn man nennt solches der Art nach identisch, was unter dieselbe Art fällt. Ebenso nennt man der Gattung nach identisch, was unter dieselbe Gattung fällt, wie Pferd, verglichen mit Mensch« (Aristoteles 1968: 9/103a).

Vereinfachend kann also zwischen einer numerischen Identität (Zahl) und einer qualitativen Identität (Art und Gattung) unterschieden werden. Wenn a und b der Zahl nach derselbe Gegenstand sind, dann haben wir es mit einer numerischen Identität zu tun. Wenn a und b zwei verschiedene Gegenstände sind, die hinsichtlich einer Eigenschaft oder mehrerer Eigenschaften gleich sind, dann liegt eine qualitative Identität vor. Eine Theorie kollektiver Identität muss beide Aspekte berücksichtigen.

Das Kollektiv muss derselbe Gegenstand sein, auch wenn es mehr als einen Namen hat – wie zum Beispiel die Niederländer, die man auch Holländer nennt. Wie die Logik seit Aristoteles klären konnte, ist eine numerische Identitätsaussage »a = b« nur dann notwendig wahr, wenn die Namen a und b »starre Bezeichnungsausdrücke« sind (Kripke 1981: 10). Ein starrer Bezeichnungsausdruck ist ein Ausdruck, dessen Referenz auf einen Gegenstand rein denotativ in einem Akt der Taufe festgelegt wird. Die Prädikate, mit denen man den Gegenstand konnotiert, dienen nur seiner Identifizierung oder Spezifizierung. Sie konstituieren keine Bedeutung des Namens, welche synonym mit ihm wäre. Nur so ist gewährleistet, dass der Name denselben Gegenstand unabhängig von seiner jeweiligen Gegebenheitsweise benennt. Dies gilt in jedem Fall für Eigennamen, also auch für die Eigennamen »Niederlande« und »Holland«, die man oftmals metonymisch zur Bezeichnung eines Kollektivs verwendet: »Die Niederlande züchten seit jeher Tulpen.« bzw. »Früher trug ganz Holland Holzschuhe.« Der Eigenname »Niederlande« referiert immer noch auf dasselbe Kollektiv, auch wenn es keine Tulpen mehr züchtet. Dasselbe gilt für den Eigennamen »Holland« nach Verlust aller Holzschuhe. Die Bezeichnung ist in beiden Fällen so starr, dass sie selbst noch unter den kontrafaktischen Bedingungen »möglicher Welten« auf denselben Gegenstand referiert – wenn also die Niederländer nie Tulpen gezüchtet und die Holländer immer nur Turnschuhe getragen hätten (Kripke 1981: 26, 121). Wenn sich nun herausstellt, dass die Eigennamen »Niederlande« und »Holland« *tatsächlich* auf denselben Gegenstand referieren, dann ist die Identitätsaussage »Niederlande = Holland« notwendig wahr und die Niederländer sind die Holländer. Das lässt sich freilich nur dann in Erfahrung bringen, wenn man die beiden Taufsituationen betrachtet und einen Zusammenhang zwischen ihnen feststellt.

Bei der Rekonstruktion dieser Kette der Namensverwendung bekommt man es unweigerlich mit den Prädikaten zu tun, mit denen das Kollektiv in der Vergangen-

heit konnotiert wurde. Diese Prädikate identifizieren nicht nur Stellen in Raum und Zeit, sondern spezifizieren meist auch die qualitative Identität des Kollektivs, indem sie Eigenschaften angeben, hinsichtlich derer seine Angehörigen gleich sein sollen. Damit bezeichnen sie die *Art* der Niederländer bzw. Holländer, so wie biologische Prädikate die Arten Mensch und Pferd bezeichnen, die Aristoteles in seiner Definition qualitativer Identität anführt. Man kann davon ausgehen, dass für die Prädikate, die man generellen Termini wie den Namen von Arten zuschreibt, dasselbe gilt wie für die Prädikate von Eigennamen. Auch sie konstituieren keine Bedeutung, die man synonym verwenden könnte, sondern legen nur die Referenz fest (Kripke 1981: 154). Ebenso wie Eigennamen kann man generelle Termini als starre Bezeichnungsausdrücke begreifen. In der Logik gibt es zwar Vorbehalte gegenüber diesem Verständnis genereller Termini als *rigid designators*. Dafür bekommt es Unterstützung von den Sozialwissenschaften. Dort gibt es eine prominente Position, derzufolge kollektive Identität das Produkt einer Konstruktion ist, die sich narrativer Mittel bedient (White 1992; Somers 1994). Laut dieser Position sind es meist Intellektuelle, die Eigenschaften anführen, hinsichtlich derer sich die Angehörigen des Kollektivs gleichen sollen. Diese Eigenschaften bauen sie als Prädikate in Erzählungen über das Kollektiv ein, um sie ihren »Artgenossen« als Identifikationsangebot zu unterbreiten. Dies geschieht in jeder Generation neu, was die logische Trennung von Denotation (Referenz) und Konnotation (Prädikation) bestätigt. Die qualitative Identität eines Kollektivs ist nichts, das sich, einmal bestimmt, unverändert in der Zeit kontinuierlich ließe, sondern ein permanenter Konstruktionsprozess, der das numerisch identische Kollektiv stets aufs Neue prädiziert.

Nationale Identität

Diese konstruktivistische Position hat sich auch mit Blick auf nationale Identität als fruchtbar erwiesen. Der weithin akzeptierten Definition Ernest Renans zufolge ist eine Nation

»eine große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man noch zu bringen gewillt ist. Sie setzt eine Vergangenheit (ein reiches Erbe an Erinnerungen) voraus, aber trotzdem faßt sie sich in der Gegenwart in einem greifbaren Faktum zusammen: der Übereinkunft (...) das gemeinsame Leben fortzusetzen.« (Renan 1993: 308–309)

Bei dieser Solidargemeinschaft handelt es sich, nach Max Weber, um eine »politische Gemeinschaft« (Weber 1980: 514), da die in einem bestimmten Gebiet lebenden Menschen dazu bereit sind, dieses mit Waffengewalt zu verteidigen. Es geht den Beteiligten also um eine bereits bestehende oder von ihnen ersehnte »politische

Machtgebildeorganisation« (Weber 1980: 244), um einen »Staat«, für den man nichts weniger als das eigene Leben zu opfern bereit ist: »Es ist der Ernst des Todes« schreibt Weber, »den eventuell für die Gemeinschaftsinteressen zu bestehen«, dem Einzelnen hier zugemutet wird. Er trägt der politischen Gemeinschaft ihr spezifisches Pathos ein. Gemeinsame politische Schicksale, das heißt in erster Linie gemeinsame politische Kämpfe auf Leben und Tod, knüpfen Erinnerungsgemeinschaften, welche oft stärker wirken als Bande der Kultur-, Sprach- oder Abstammungsgemeinschaft. Sie sind es, »welche (...) dem »Nationalbewußtsein« erst die letzte entscheidende Note geben« (Weber 1980: 515). Eine Nation kann man demzufolge definieren als eine auf der Erinnerung an gemeinsame politische Schicksale basierende große Solidargemeinschaft, deren Pathos sich auf einen bestehenden oder ersehnten Staat richtet.

Damit sich eine Nation ihrer selbst bewusst werden und bleiben kann, muss Identitätsbildung betrieben werden. Erstens muss ihren Angehörigen klar gemacht werden, dass sie Teile eines Kollektivs sind, das im Wandel der Zeit ein und dasselbe geblieben ist, auch wenn es mehrere Namen gehabt haben sollte (numerische Identität). Zweitens muss ihnen klar gemacht werden, worin sie sich gleichen (qualitative Identität). Der obigen Definition zufolge gleichen sich die Angehörigen ein und derselben Nation darin, dass sie über eine gemeinsame Erinnerung an politische Schicksale und damit eine gemeinsame Gefühlsgrundlage verfügen, die sie zu einer »spirituellen Familie« macht (Renan 1993: 307). Die Schlachten, für die man Opfer gebracht hat und weiter zu bringen gewillt ist, sind im kollektiven Gedächtnis der Nation gespeichert. Die Intellektuellen, die nationale Identitätsbildung betreiben, bauen sie als Prädikate in ihre Geschichten ein, damit sich die Angehörigen an die Opfer erinnern und mit ihrem Kollektiv identifizieren. Deswegen kommt auch dem Totengedenken ein so hoher Stellenwert zu, wenn es um nationale Identität geht (Oexle 1985; Koselleck/Jeismann 1994). Über diese Gemeinsamkeit hinaus können sich die Angehörigen einer Nation noch in anderer Hinsicht gleichen, was aber sekundär ist. Ist ein Staat vorhanden, kann man auf eine staatsbürgerliche Gleichheit verweisen, was die Nation zur Staatsbürgernation macht; ist kein Staat vorhanden, kann man auf kulturelle, ethnische oder soziale Gemeinsamkeiten verweisen werden, was die Nation beispielsweise zur Kulturnation macht (Lepsius 1982). Schon Renan hat die Nachrangigkeit derartiger Gleichheiten betont. Im Wesentlichen ist es die Gleichheit in *politischer* Hinsicht, die eine Nation zur Gemeinschaft macht und bei der Identitätsbildung im Vordergrund stehen muss.

Europäische Identität

Die Europäische Union hat kein »Pathos des Todes« als gemeinsame Gefühlsgrundlage. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sollten die Schlüsselindustrien der Rüstung entnationalisiert werden, um zukünftig einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland auszuschließen. Sie kann daher keine Staatsnation wie ihre Mitgliedstaaten sein und besitzt auch nicht die Kraft, eine derartige Identität zu konstruieren. Diese Einsicht ist bekannt und daher wird versucht, eine europäische Identität über den Verweis auf ein gemeinsames kulturelles Erbe zu bilden. Der Versuch misslingt, da sich die Kultur Europas vor allem dadurch auszeichnet, dass sie in allen Ländern der Welt vertreten ist. Wo sind überhaupt die Grenzen Europas, wenn man versucht, es über seine Kultur zu bestimmen? Der EU mangelt es an einer Kultur, die das europäische Kollektiv identifizierbar macht, obgleich eine kulturelle Basis für europäische Identität »unentbehrlich« ist (Zingerle 2006).

Das staatlich institutionalisierte rationale Handeln, das in einer Nation, die über einen Staat verfügt, zwar ebenfalls vorhanden ist, aber keine besondere Bedeutung für die Identitätsbildung besitzt, weil hinreichend Pathos vorhanden ist, soll auf der europäischen Ebene eine identitätsbildende Stützfunktion übernehmen. Das ist jedenfalls die Richtung, in die Rainer M. Lepsius gewiesen hat, wobei er leider die Bedeutung der kulturellen Dimension unterschätzt und nur auf die institutionelle Dimension der Rationalität setzt (Lepsius 2006).

Nimmt man beide Dimensionen zusammen, erhält man ein gleichsam symbiotisches Modell europäischer Identität, das den gegenwärtigen Stand der Konstruktion adäquat abbildet. Es kombiniert die Prozesse der »Vergemeinschaftung«, die man in der kulturellen Dimension erzielt, mit den Prozessen der »Vergesellschaftung«, die in der institutionellen Dimension erreicht werden:

»Vergemeinschaftung« soll eine soziale Beziehung heißen, wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns (...) auf subjektiv *gefühlter* (affektiver oder traditionaler) *Zusammengehörigkeit* der Beteiligten beruht. »Vergesellschaftung« soll eine soziale Beziehung heißen, wenn und soweit die Einstellung des Handelns auf rational (wert- oder zweckrational) motiviertem *Interessenausgleich* oder ebenso motivierter *Interessenverbindung* beruht.« (Weber 1980: 21; Herv. i. O.)

Renan hatte gespottet, eine Nation sei kein Zollverein: »Die Gemeinschaft der Interessen ist sicherlich ein starkes Band zwischen den Menschen. Doch reichen die Interessen aus, um eine Nation zu bilden? Ich glaube es nicht. Die Gemeinschaft der Interessen schließt die Handelsverträge. Die Nationalität jedoch hat eine Gefühlsseite, sie ist Seele und Körper zugleich. Ein »Zollverein« ist kein Vaterland« (Renan 1993: 306). Das ist richtig. Aber die EU ist immerhin ein Zollverein, ein Vaterland braucht sie gar nicht sein zu wollen, nimmt sie nur ihre Kultur hinzu.

Die institutionelle Dimension

Die EU zeichnet sich in erster Linie dadurch aus, dass sie für verschiedene Lebensbereiche der EU-Bevölkerung europaweit einheitliche Regelungen, Standards und Verfahren schafft, die nationale Regulierungen aufheben. Diese Kriterien sind »Rationalitätskriterien« (Lepsius 1989; 2006). Ein »Rationalitätskriterium« definiert Lepsius im Weberschen Sinne als »die Erfindung und Durchsetzung von Standards, Regeln und Verfahren, die das Handeln in bestimmten Kontexten systematisieren, voraussehbar und intersubjektiv kontrollierbar werden lassen.« (Lepsius 1989: 215–216).

An der *Erfindung* europäischer »Standards, Regeln und Verfahren« sind »multinationale Experten« auf EU-Ebene beteiligt. An der *Durchsetzung* dieser Kriterien in den Nationalstaaten beteiligen sich die »nationalen Funktionselemente« (Lepsius 2006: 124), die sich dabei »rechtlich verbindlicher Gesetze und justizförmiger Gerichtsentscheidungen bedienen können« (Lepsius 1989: 218). Erfindung und Durchsetzung erfolgen jeweils diskursiv, sodass nicht nur die Lebensbereiche der Betroffenen selbst, sondern insbesondere die Diskurse auf den beiden Ebenen von europäischen Rationalitätskriterien determiniert sind (Lepsius 1989: 215). Die Quantität und die Qualität der EU-Regulierungen entscheiden dabei über die »Gewöhnung der nationalen Funktionsträger an die Geltung dieser Rationalitätskriterien«, sodass die »Institutionalisierung von Regulierungen und Verfahren« der Bewusstseinsbildung im Sinne von Identitätsbildung vorausgeht: »Je größer der Geltungsraum europäischer Regulierungen wird, umso mehr Personen werden von ihnen erfasst, und umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich Bevölkerungen in Teilen ihrer Wirklichkeitswahrnehmung als »europäisch« beschreiben« (Lepsius 2006: 124).

Durch europäische Rationalitätskriterien werden tradierte Regelungen der EU-Mitgliedsländer also teilweise außer Kraft gesetzt. Sie stellen für die Betroffenen daher keine »normativen Vorgaben« mehr, sondern nur noch »Varianten« dar.

»Eine europäische Wasserpolitik etwa folgt Kriterien, die für Trockengebiete und für Gebiete mit großen Niederschlagsmengen gelten, sie zielt als Bewirtschaftungseinheiten auf Flusseinzugsgebiete, die nationale Grenzen überschreiten und etabliert gleiche Wasserqualitätskriterien. Es entsteht ein neuer Raumbezug, der gemeinsamen Kriterien unterworfen wird und traditionale Kriterien der nationalen Wasserwirtschaften ablöst.« (Lepsius 2006: 124)

Insbesondere für die Betroffenen ändert sich damit das institutionelle Bezugssystem und somit die Handlungsorientierung. Zunächst werden sie sich ebenfalls zweckrational motiviert an den europäischen Institutionen orientieren, wobei dabei nicht auszuschließen ist, dass dieses Verhalten langfristig affektiv erfolgt, wenn die EU als Akteur sichtbar bleibt. Die kommunikative Vermittlung, also die Narration der europäischen Rationalitätskriterien muss kontinuierlich unter europäischem Vorzeichen erfolgen, was europäische Symbolik erfordert. Lepsius sieht die Aufgabe der

EU darin, die europäischen »Rationalitätskriterien in die vielen Sprachen und kulturellen Selbstverständlichkeiten ihrer Mitglieder« zu übersetzen.

»Hierbei leisten die europäischen Institutionen durch ihre Übersetzungsdienste und durch Interaktionen in weitgespannte Netzwerke zur Informationsbeschaffung, Homogenisierung des Problemverständnisses und Implementierungsberatung Vorzügliches. Daraus entwickelt sich schrittweise eine »postnationale Identität« (Jürgen Habermas).« Die »Identifizierung bezieht sich nicht mehr auf ein schicksalsträchtiges und übermächtiges Kollektiv, wie dies die »Nation« symbolisierte, sondern richtet sich auf durch Institutionen strukturierte Funktionszusammenhänge. Eine europäische Handlungsorientierung entsteht durch die Partizipation an und die Betroffenheit durch europäisch verfasste Institutionen.« (Lepsius 2006: 125–26)

Im Rahmen dieser institutionellen Dimension europäischer Identitätsbildung bescheinigt Lepsius den europäischen Institutionen also eine erfolgreiche Vermittlung europäischer Rationalitätskriterien. Diese Sichtweise bleibt jedoch unterkomplex, wenn die Institutionen, also die Durchsetzer auf nationalstaatlicher Ebene nicht explizit einbezogen werden. Die Frage danach, ob den Betroffenen bewusst wird, dass die EU die Verantwortliche eines (europäischen) Rationalitätskriteriums ist, hängt davon ab, wie europäisch verfasst die nationalen Institutionen, vor allem die im vorparlamentarischen Raum agierenden tatsächlich sind, um die Narration unter europäischer Überschrift weiterzuführen.

Nun wirken zwar europäische Rationalitätskriterien in allen Politikfeldern der Europäischen Union (Lepsius 2006: 124), aber es mangelt weiterhin am Einverständnis über tiefgreifende europäische »soziale Rationalitätskriterien« (Lepsius 1989: 218), sodass den »sozialen Folgen« der europäisch ökonomischen Rationalitätskriterien bereits auf EU-Ebene begegnet werden könnte. Es liegt weiterhin eine Schiefelage vor, welche die »Lissabon-Strategie« der EU verstärkt, die zum Ziel hat, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, ohne dabei die »soziale Frage« zu berücksichtigen.

Die makroökonomischen Zielbestimmungen der Europäischen Union und die damit einhergehenden Rationalitätskriterien haben verifizierbar die Einbüßung von Sozialstandards zur Folge. Die Nationalstaaten hingegen bieten den von europäischen ökonomischen Rationalitätskriterien Betroffenen weiterhin nationale soziale Rationalitätskriterien an, auch wenn diese mittlerweile von europäischen ökonomischen Rationalitätskriterien überlagert und außer Kraft gesetzt werden, das heißt, die nationalen sozialen Regelungen können die sozialen Folgen der europäischen ökonomischen Rationalitätskriterien nicht mehr auffangen. Die Nationalstaaten sind in dieser Hinsicht machtlos. Dadurch allerdings, dass nur sie es sind, die soziale Rationalitätskriterien schaffen, ist nur das nationalstaatliche Handeln für die Betroffenen systematisierbar, voraussehbar, intersubjektiv kontrollierbar und lässt schließlich den Nationalstaat gegenüber der EU in der subjektiven Wahrnehmung weiterhin als demokratischer erscheinen. Es hat derzeit zur Folge, dass europäische öko-

nomische Rationalitätskriterien dabei helfen, weitere nationale soziale Rationalitätskriterien zu schaffen, so dass die Bedeutung der Nationalstaaten zunimmt. Soziale Maximen, wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder die Neuordnung der Sozialversicherungssysteme evozieren nationale soziale Rationalitätskriterien, welche die Diskurse schließlich national determinieren.

Die Bedeutung der politischen Parteien für die europäische Identitätsbildung

Einen Ausweg aus dem Dilemma kann nur über die an den Diskursen beteiligten Institutionen erfolgen. Auf europäischer Ebene, sind Parteien unter anderem mit der Kritik bestehender und Formulierung neuer Rationalitätskriterien befasst, wodurch sie den Prozess der europäischen Integration und damit die europäische Identitätsbildung im oben genannten Sinne voranbringen können. Sie werden selbst zu Institutionen, das heißt zu Konstrukteuren europäischer Identität. Gerade in diesen wird die Kollision ökonomischer mit – möglichen – ökologischen und sozialen Rationalitätskriterien reflektiert. Das, was Lepsius für die Soziologie definiert (Lepsius 1989: 217), kann mutatis mutandis auf die Parteien übertragen werden: Die soziale Geltung von Parteien bestimmt sich durch ihr Verhältnis zu den jeweiligen institutionalisierten Rationalitätskriterien. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen dem Grad der Geltung eines Rationalitätskriteriums als solchen und dem Grad, in dem eine Partei sich die »Verwaltung« eines Rationalitätskriterium aneignen kann. Ist die Wirksamkeit eines Rationalitätskriteriums groß und kann eine Partei seine Verwaltung erfolgreich monopolisieren, dann ist die soziale Bedeutung dieser Partei ebenfalls groß. Ist hingegen das Rationalitätskriterium nur undeutlich ausgebildet, seine Geltung gering, und teilt sich eine Partei mit anderen seine Bestimmung, Interpretation, Veränderung und Anwendung, ist die soziale Geltung dieser Partei gering. Man kann die Parteien auf europäischer Ebene also nicht nur – wie Simon Hix (Hix 2001) – nach links/rechts und pro/anti-europäisch strukturieren, sondern auch und vor allem hinsichtlich ihrer mehr oder weniger erfolgreichen Monopolisierung geltender Rationalitätskriterien.

Die Parteien auf europäischer Ebene gehen aus den nationalen Parteien hervor. Europäische Parteien sind zwar an der Formulierung und Monopolisierung der Verwaltung europäischer Rationalitätskriterien teilweise beteiligt, haben aber in den Nationalstaaten keine soziale Bedeutung. Die Durchsetzung obliegt den nationalen Parteien, die sich hierzu vor allem der in den Nationalstaaten verorteten medialen Öffentlichkeit bedienen. Parteien auf nationalstaatlicher Ebene verfolgen die Maxi-

me, soziale Geltung durch Stimmenmaximierung zu erlangen. Eigene parteipolitische Rationalitätskriterien werden dafür entworfen, die einen möglichst großen Kreis von Betroffenen umfassen sollen. Respektive der Brisanz von Themen lässt sich die These formulieren, dass wenn die parteipolitischen mit den europäischen Rationalitätskriterien übereinstimmen, die nationale Partei bestrebt sein wird, die europäischen Rationalitätskriterien erfolgreich durchzusetzen. Eine Partei, die auf nationaler Ebene beispielsweise als parteipolitische, ökologische Rationalitätskriterien monopolisiert verwaltet, wird auch europäische ökologische Rationalitätskriterien im Nationalstaat durchsetzen. Wohingegen eine Partei, die bestrebt ist parteipolitisch, soziale Rationalitätskriterien im Nationalstaat monopolisiert zu verwalten, kaum ein Interesse daran haben dürfte, europäische Rationalitätskriterien durchzusetzen. »Volksparteien« haben in der Regel nicht nur eins, sondern mehrere parteipolitische Rationalitätskriterien zu verwalten, um einen möglichst großen Kreis von Betroffenen (also potentiellen Wählerstimmen!) zu erreichen. Angesichts der derzeitigen hohen Bedeutung sozialer Fragen, versuchen auch sie die Verwaltung sozialer Rationalitätskriterien zu monopolisieren. Ihre soziale Geltung nimmt aber weiterhin ab, solange sie auf europäischer Ebene keine europäischen sozialen Rationalitätskriterien formulieren, um effektiv auf die Folgen der europäischen ökonomischen Rationalitätskriterien reagieren zu können. Die EU stellt daher für die politischen Parteien zugleich eine Chance dar.

Zusammenfassung

Die Europäische Union kann in absehbarer Zeit keine Nation werden, ihr fehlt das »Pathos des Todes«. Dieses emotionale Band, das die Nation erst zur Nation macht, kann ein gemeinsames europäisches kulturelles Erbe für eine europäische Identität nicht vollständig ersetzen. Die emotionale Schwäche der europäischen Identität könnte durch die von Lepsius vorgeschlagenen europäischen Rationalitätskriterien zumindest kompensiert werden. Der narrative Prozess bei der Konstruktion europäischer Identität gewinnt dabei stark an Bedeutung. Es geht darum, den Menschen in der EU bewusst zu machen, dass die EU erstrebenswerte Ziele verfolgt, zu deren Zweck Kriterien formuliert und durchgesetzt werden. Je größer der Kreis der Betroffenen dabei ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie die EU als »staatlichen« Akteur wahrnehmen und ihr Bezugssystem ändern. Die Narration bei dieser europäischen Identitätskonstruktion kommt dabei vor allem den Parteien zu, die als Kommunikationskanal insbesondere die mediale Öffentlichkeit benutzen. In den Parteien selbst kommt es zur Kollision europäischer mit nationalen und parteipolitischen Rationalitätskriterien, wie es auch zur Kollision unterschiedlicher – ökonomischer –

mischer, ökologischer, sozialer – Rationalitätskriterien kommt. Die erfolgreich monopolisierte Institutionalisierung eines Rationalitätskriteriums stellt dabei an sich wiederum das derzeit effektivste Kriterium dar, um als Partei soziale Geltung zu erlangen. Dabei sind soziale Rationalitätskriterien von besonderer Bedeutung, da sie bislang nicht seitens der EU formuliert wurden. Trotz der Machtlosigkeit des Nationalstaates können die Parteien derzeit nur nationale soziale Rationalitätskriterien anbieten. Der Kreis der Betroffenen wird immer größer, sodass das nationalstaatliche Bewusstsein wachsen wird. Effektiv kann den Betroffenen jedoch nur durch europäische soziale Rationalitätskriterien geholfen werden. Die soziale Geltung der Partei wird zunehmen, die es schafft, soziale Maxime der EU und daraus resultierende soziale Rationalitätskriterien zu formulieren und von der EU-Ebene bis hin zu den Betroffenen in den Nationalstaaten durchzusetzen. Ob die europäischen Rationalitätskriterien auf nationalstaatlicher Ebene von den Parteien weiterhin unter europäischem Vorzeichen diskursiv durchgesetzt werden, ist dabei eine entscheidende Frage. Europäische Identitätsbildung mittels europäischer Rationalitätskriterien hängt daher insgesamt davon ab, wie europäisch die nationalen Parteien sind.

Literatur

- Aristoteles (1968), *Topik*, Organon V, Hamburg.
- Assmann, Jan (2000), *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München.
- Gostmann, Peter/Wagner, Gerhard (2005), »Europa als Mnemotop. Kulturtourismus und die Konstruktion europäischer Identität«, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 31, S. 583–606.
- Hix, Simon (2001), »Legislative Behaviour and Party Competition in the European Parliament: An Application of Nominate to the EU«, *Journal of Common Market Studies*, Jg. 39, H. 4, S. 663–688.
- Koselleck, Reinhart/Jeismann, Michael (Hg.) (1994), *Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne*, München.
- Kripke, Saul A. (1981), *Name und Notwendigkeit*, Frankfurt a.M.
- Kufeld, Klaus (2006), *Europa – Mythos und Heimat: Identität aus Kultur und Geschichte(n)*, Freiburg im Breisgau u.a.
- Lepsius, M. Rainer (1982), »Nation und Nationalismus in Deutschland«, in: Winkler, Heinrich August (Hg.), *Nationalismus in der Welt von heute*, Göttingen, S. 12–27.
- Lepsius, M. Rainer (1989), »Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des ›Großdeutschen Reiches‹«, in: Haller, Max (Hg.), *Kultur und Gesellschaft: Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988*, Frankfurt a.M., S.247–264.
- Lepsius, M. Rainer (2006), »Identitätstiftung durch eine Verfassung«, in: Hettlage, Robert/Müller, Hans-Peter (Hg.), *Die europäische Gesellschaft*, Konstanz, S. 109–127.
- Niethammer, Lutz (2000), *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*, Reinbek.

- Nora, Pierre (1992), *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*, Berlin.
- Oexle, Otto Gerhard (1985), »Die Gegenwart der Lebenden und der Toten. Gedanken über Memoria«, in: Schmid, Karl (Hg.), *Gedächtnis, das Gemeinschaft stiftet*, München/Zürich, S. 74–107.
- Renan, Ernest (1993), »Was ist eine Nation? Vortrag in der Sorbonne am 11. März 1882«, in: Jeismann, Michael/Ritter, Henning (Hg.), *Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus*, Leipzig, S. 290–311.
- Schmale, Wolfgang (2001), *Geschichte Europas*, Wien/Köln/Weimar.
- Somers, Margaret S. (1994), »The Narrative Construction of Identity: a Relational and Network Approach«, *Theory and Society*, Jg. 23, S. 605–649.
- Weber, Max (1980), *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der Verstehenden Soziologie*, Tübingen.
- White, Harrison C. (1992), *Identity and Control. A Structural Theory of Social Action*, Princeton.
- Zingerle, Arnold (2006), »Das kulturelle Gedächtnis Europas«, in: Hettlage, Robert/Müller, Hans-Peter (Hg.), *Die europäische Gesellschaft*, Konstanz, S. 87–108.